

Politik im Visier

Wie ticken die Damen und Herren im Solothurner Kantonsrat, wenn es darum geht, Anliegen von Unternehmerinnen und Unternehmern zu unterstützen? Im letzten Jahr mussten im Rathaus über 26 Vorlagen mit einem Bezug zu Wirtschaft und Gewerbe entschieden werden. Die Fraktionen folgten dabei grossmehrheitlich den Empfehlungen der von der Solothurner Handelskammer und dem Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverband getragenen Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe. Zum ersten Mal seit 2014 übernahm die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) im Ranking der Wirtschaftsfreundlichkeit die Spitzenposition. War das der «Maushart-Effekt» oder ein Spiegelbild jener Themen, die im letzten Jahr im Rat zur Diskussion gestellt wurden?

Paul Meier

Ist Lobbying etwas Verwerfliches? Nein. Wer sich darüber mokiert, dass Bauern, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Banker, Versicherer, Naturschützer, Institutionen des privaten und öffentlichen Verkehrs und weitere Kreise Wünsche an die Politik adressieren und versuchen, Ratsmehrheiten auf ihre Seiten zu ziehen, verkennt die Realitäten. Im Solothurner Kantonsrat sind Vorgespräche zu einzelnen Themen nicht nur den Kommissionen, Fraktionen und Parteien vorbehalten, sondern auch Parlamentarischen Gruppen. Solche werden im Paragraf 15, Artikel 5, Absatz 1 des Kantonsratsgesetzes wie folgt legitimiert: «Ratsmitglieder können sich nach Sach- oder Interessensgesichtspunkten zu parlamentarischen Gruppen zusammenschliessen. Die Mitgliederlisten sind öffentlich.»

Um alle wirtschafts- und gewerbenahen Kräfte im Kantonsrat über Parteigrenzen hinaus bündeln und die Interessen aller Unternehmerinnen und Unternehmer im Kanton Solothurn zusammen wirkungsvoll vertreten zu können, initiierten der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband und die Solothurner Handelskammer im Jahr 2006 die Gründung der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe. «Gemeinsam erreichen wir mehr», lautete damals einer der Leitsätze. Die Mitgliederliste dieser Gruppe umfasst aktuell 53 Kantonsrätinnen und Kantonsräte, darunter auch zwei Sozialdemokraten, jedoch keine Grünliberalen und keine Vertreter der grünen Partei.

Empfehlungen zu Vorlagen, welche Wirtschaft und Gewerbe betreffen

Im Vorfeld jeder Session filtert der Vorstand der «Gruppe W+G» (bestehend aus

je zwei Ratsmitgliedern der CVP, der FDP, Die Liberalen und der SVP sowie Andreas Gasche, Geschäftsführer des kgv, und Daniel Probst, Direktor der SOHK) aus der umfangreichen Tagungsordnung jene Vorlagen heraus, welche für die Wirtschaft und das Gewerbe eine gewisse Relevanz haben. Er beurteilt diese und gibt dazu eine Abstimmungsempfehlung heraus. Kann man sich in einzelnen Geschäften nicht auf eine einheitliche Haltung einigen, wird veröffentlicht, welche Parole im Ausschuss mehrheitsfähig ist. Selbstverständlich bleibt es jedem Vorstandsmitglied überlassen, abzuwägen, wie es sich bei den Beschlussfassungen im Rat verhalten soll: kongruent oder kontrovers zur Meinung der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe.

Übereinstimmung in 24 von 26 Geschäften

Im Jahr 2019 wurde der Kantonsrat zur Behandlung einer immensen Zahl von Aufträgen, Sachgeschäften, Rechtsetzungsgeschäften und Interpellationen zu insgesamt 21 Sitzungen einberufen, verteilt auf sieben ordentliche Sessionen und eine Sondersession. Das Parlament entschied in 24 von 26 Geschäften so, wie der Vorstand der «Gruppe W+G» empfohlen hatte, zweimal andersherum. Sieben der 26 Vorlagen, welche für die Wirtschaft und das Gewerbe von Bedeutung waren, wurden mit null Gegenstimmen gutgeheissen.

Nicht immer ging es im Rat so harmonisch zu und her wie beispielsweise bei den Debatten um die Einführung der elektronischen Steuererklärung, dem Ersatzstandort für die Kantonale Motorfahrzeug-

kontrolle Olten oder dem Beschluss über den Beitritt des Kantons Solothurn zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung. Auch im letzten Jahr reizten einzelne Themen die in der Regel eher abgeklärten Gemüter der Damen und Herren im Kantonsrat. Wir rapportierten.

Mitte-Links brüskiert eigene Exekutivmitglieder

Ihre zwei einzigen Niederlagen kassierte die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe am 12. November. Zur Diskussion stand ein Auftrag der Fraktion SP/Junge SP unter dem Titel «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!». Die Genossen beantragten, der Regierungsrat solle seine Bemühungen im Bereich der Klimapolitik intensivieren und besser dokumentieren. Insbesondere habe die Regierung einen kantonalen Massnahmenplan Klimaschutz zu erarbeiten, der den Anforderungen des 1,5°C-Ziels und dem Pariser Klimaübereinkommen entspreche. Dieser Massnahmenplan und die Anpassungsstrategie sei dem Kantonsrat zur Verabschiedung vorzulegen. Zudem solle der Kanton Solothurn im Rahmen des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern auch auf finanzielle Investitionen in fossile Unternehmen verzichten.

Zwar bestätigte die zu vier Fünfteln aus Mitgliedern der CVP, SP und grünen Partei besetzte Exekutive den Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz, jedoch war sie nicht gewillt, das letzte Wort zum geforderten Massnahmenplan dem Parlament zuzugestehen. Bei der Bereinigung des Beschlusstextes stimmte Mitte-Links mit 48 zu 46 gegen die Regierung und genehmigte zur Verärgerung von FDP

und SVP die Version der SP/Junge SP. In der Schlussabstimmung obsiegte der Auftrag der Sozialdemokraten mit 57 (inklusive acht Stimmen aus der freisinnigen Partei) gegen 37 Stimmen.

Unternehmenssteuern als zentrales Thema im Jahr 2019

Zentrales Thema in der politischen Agenda 2019 des Kantons Solothurn war die Umsetzung der AHV-Steuervorlage. Die Ratsmitglieder wurden auf den 7. März zur Behandlung der im Spätherbst 2017 lancierten «Vorwärtsstrategie» des Regierungsrats aufgebeten. Bürgerliche auf der einen und Linke auf der andern Seite lieferten sich nahrhafte Wortgefechte, um die matchentscheidenden Punkte. SP und Grüne verloren alle wichtigen Abstimmungen. Ihre Begehren auf eine Rückweisung des Geschäfts blieben ebenso chancenlos wie ihre Anträge auf weitere Erhöhungen des Gewinnsteuersatzes, der Vermögenssteuer oder der Kinderzulage. Die SVP plädierte in der Diskussion um die Dividendenbesteuerung erfolgreich für einen Satz von 60 Prozent: Mit 57 gegen 32 Stimmen hatten sowohl die SP/Junge SP (Antrag: 75 Prozent) und mit 49 gegen 48 Stimmen auch die Regierung (Antrag: 70 Prozent) das Nachsehen. In der Schlussabstimmung wurde die bereinigte Vorlage mit 58 gegen 30 Stimmen bei vier Enthaltungen – Stefan Hug (SP), Richard Aschberger, Walter Gurtner und Rémy Wyssmann (alle SVP) – deutlich gutgeheissen. Allerdings machte das Parlament die Rechnung ohne den Wirt: Anlässlich des Urnengangs vom 19. Mai 2019 schickten die 51,4 Prozent der Stimmberechtigten die «Vorwärtsstrategie» bachab. Zum Vergleich: Die Unternehmenssteuerreform III des Bundes wurde am 12. Februar 2017 vom Solothurner Volk mit einem Nein-Stimmenanteil von 65,9 Prozent verworfen.

«Diverse, sehr hässliche Kröten ...»

Keine zwei Monate nach dem Fehlschlag punkto STAF I legte der Regierungsrat eine neue Botschaft zur Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020 auf den Tisch. Bürgerliche Parteien und die Wirtschaftsverbände charakterisierten das neue Papier als Spitzkehre zur ursprünglichen Strategie. Die Regierung präsentierte «eine mutlose Vorlage, welche die KMU und Familienunternehmen stärker belastet, statt den Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken», schrieb SOHK-Direktor Daniel Probst stellvertretend für die meisten Kritiker. In der Folge

nahm die Finanzkommission das Heft in die Hand und einigte sich in mehreren Sitzungen auf Korrekturen zur Gewinnsteuerbelastung, der Besteuerung von Vermögen, bei den flankierenden Massnahmen und dem finanziellen Ausgleich zugunsten der Gemeinden. Für die Wirtschaft und das Gewerbe sei der Kompromiss der FIKO weder gut noch richtig schlecht, immerhin sei er ein Schritt in die richtige Richtung, kommentierte «Wirtschaftsflash» einige Tage vor dem 5. November, dem Tag der Beratungen im Kantonsrat über die Neuauflage der Steuerreform.

Einige Stunden vor dem Beginn der Sitzung kommunizierte der Regierungsrat sein Einverständnis zu den Anträgen der vorberatenden Kommission. «Das Menü wäre jetzt angerichtet, legen Sie bitte Ihre ideologischen Scheuklappen ab», mahnte Christian Thalmann als Sprecher der FDP. Die Liberalen. «Die Fraktion steht hinter der Lösung der Finanzkommission, auch wenn wir diverse, sehr hässliche Kröten schlucken mussten», erklärte Richard Aschberger namens der SVP. «Mit der Steuervorlage wird Innovation belohnt. Und Innovation ist bekanntlich das Lebenselixier unseres Schweizer Wohlstandes», lobte Josef Maushart (CVP). Seitens der SP bestätigte Simon Bürki: «In einer gesamthaften Würdigung der Vorlage stimmt für mich trotz schwerwiegender Kompromisse die Richtung». Am Schluss war die Sache klar. Der Rat verabschiedete die STAF II mit den Änderungen der FIKO zuhanden der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 mit 85 gegen eine Stimme, bei sechs Enthaltungen: Anna Engeler (Grüne), Urs Huber, Hardy Jäggi und Franziska Rohner (SP) sowie Tobias Fischer und Kevin Kunz (SVP).

Simon Gomm (Jungsozialist) drückte als einziges Ratsmitglied auf die Minustaste. Wenigstens blieb der 29-jährige Student aus Olten seiner Linie treu: Wer den Kapitalismus überwinden will, wird nie im Leben Steuersenkungen für Unternehmen befürworten.

Kein Abschiedsgeschenk für Marianne Meister

Im Mai 2018 beklagte sich der Gärtnermeisterverband, der Kanton Solothurn habe ihn bei der Finanzierung des gemeinsamen mit Berner Berufskollegen erbauten Kurszentrums in Oeschberg allein gelassen. Der Verband mit seinen gut 60

Mitgliedern habe seine Hausaufgaben gemacht und einen A-fonds-perdu-Beitrag und gebundene Darlehen über zehn Prozent beziehungsweise 450'000 Franken an die Baukosten geleistet. Für die Solothurner Sektion von Jardin Suisse erschien die Kooperation mit der neuen Gartenbauschule auf Berner Boden vernünftiger, als mit einer eigenen Lösung Kräfte und Geld zu verschleudern. Umso grösser war ihr Unverständnis, als man ihr eröffnete, es sei dem Kanton Solothurn aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht möglich, die Investition finanziell mitzutragen.

Diese für alle in der Berufsbildung engagierten Organisationen unbefriedigende Situation veranlasste Marianne Meister zusammen mit 14 weiteren Ratsmitgliedern, den Kanton zum Einlenken aufzufordern. In der Begründung ihres Auftrags «Subventionen an Ausbildungs- und ÜK-Zentren» monierte die FDP-Kantonsrätin:

Methodik



Wirtschaftsfreundlich oder wirtschaftsfeindlich?

Wirtschaftsflash, das Magazin der Solothurner Wirtschaft, hat wie in den Vorjahren die Protokolle der 26 Abstimmungen über Vorlagen mit einem Bezug zur Wirtschaft und zum Gewerbe ausgewertet, den Empfehlungen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe gegenübergestellt und das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Ratsmitglieds mit einer Quote taxiert. Diese Quote entspricht dem Prozentsatz der Übereinstimmung mit den Parolen der «Gruppe W+G» (Absenzen und Stimmenthaltungen wurden bei der Berechnung ausgeklammert), sie ist massgeblicher Faktor für die Rangierung im «Rating der Wirtschaft- und Gewerbefreundlichkeit im Solothurner Kantonsrat im Jahr 2019».

«Während sich die OdA an der Wirtschaftlichkeit orientieren, messen die Kantone ihrerseits ihre Subventionskriterien an den Kantonsgrenzen, ohne dass die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund steht.» Allerdings stiess sie im Rathaus auf verschlossene Türen. Es dem Kanton zu ermöglichen, beim gemeinsamen Bau oder Umbau eines ÜK-Zentrums mit Standort ausserhalb des Kantons Solothurn befristet auf höchstens fünf Jahre Beträge auszurichten, entspreche nicht den gesamtschweizerischen Gepflogenheiten bei der ÜK-Finanzierung und stehe im Widerspruch zur interkantonalen Harmonisierung. «Gemäss unserer Einschätzung ist im Bereich Berufsbildung die fiskalische Äquivalenz (wer bezahlt, befiehlt) gewährleistet», argumentierte der Regierungsrat in seiner Stellungnahme und beantragte dem Parlament, den Auftrag nichterheblich zu erklären.

Dem Vorstand der «Gruppe W+G» blieb nur die Option, den formell korrekten Entscheid der Regierung zu schlucken und zu empfehlen, dem Geschäft nicht zuzustimmen. Das Problem müsse wahrscheinlich durch die Schweizerische Berufsbildungskonferenz (SBBK) gelöst werden. Der Vorstoss wurde am 27. März mit 79 Ja gegen 15 Nein abgelehnt. Die freisinnige Fraktion zeigte sich für einmal entzweit: Je 13 Mitglieder votierten für und gegen den Auftrag. Ausserhalb der FDP identifizierten sich Simon Esslinger (SP) und Peter M. Linz (SVP) durch ihre Ja-Stimmen mit Meisters Anliegen. Der damals noch amtierenden kgv-Präsidentin, welche per Ende März ihren Rücktritt aus dem Rat bekannt gegeben hatte, blieb somit ein letzter Erfolg auf der politischen Bühne verwehrt.

Lohnmeldepflicht: In Stein gemeisselt?

Gemäss Paragraph 145 des Steuergesetzes, haben dem Steueramt «für jede Steuerperiode eine Bescheinigung einzureichen ... Arbeitgeber über ihre Leistungen an die Arbeitnehmer in Form eines Exemplars des Lohnausweises oder in anderer vom Steueramt genehmigter Form.» Der Passus wurde 2010 unter dem Regime von Finanzdirektor Christian Wanner in die kantonale Gesetzgebung eingefügt. Zurzeit kennen neun Kantone die Lohnmeldepflicht; sechs Westschweizer und drei Deutschschweizer Kantone. Zwei Kantone (Luzern und Basel-Landschaft) haben diese wieder abgeschafft.

Was aus Beamtensicht als «wichtiges Mittel, um Steuerhinterziehung zu erschweren beziehungsweise aufzudecken» verteidigt wird, geisseln die Solothurner Handelskammer sowie der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband und mit ihnen das Gros der Unternehmer seit jeher als übertriebenen Aufwand, auch als unnötige Gängelung der Bürgerinnen und Bürger. «Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Kantons sind auch verantwortungsbewusst genug, um den Lohnausweis ihrer Steuererklärung selber beilegen zu können, sie müssen nicht bevormundet werden», rügen Wirtschaftsvertreter.

Ein erster Auftrag, diese Lohnmeldepflicht abzuschaffen, wurde durch die freisinnige Fraktion lanciert, am 9. Dezember 2015 jedoch mit 43 Ja zu 48 Nein verworfen. 35 Ratsmitglieder aus der CVP, FDP, SP und SVP starteten am 27. März 2019 mit einer praktisch gleichlautenden Eingabe einen neuen Anlauf. Auch sie liefen mit ihrem Vorhaben ins Leere. Der Regierungsrat und die Finanzkommission rechtfertigen die Praxis des Kantons («Wir können also feststellen, dass die Lohnmeldepflicht mit vertretbarem und verhältnismässigem Aufwand eine positive Wirkung erzielt»). Die Lohnmeldepflicht würde vor allem bei Nebenerwerbseinkünften

die Steuerhinterziehung erschweren. Immerhin habe die Massnahme dem Fiskus zu Mehreinnahmen von jährlich rund einer Million Franken verholfen. Das Verdikt im Parlament lautete am 13. November ähnlich wie vor vier Jahren: 56 Nein zu 33 Ja.

Der Vorstand der «Gruppe W+G» stellte sich «mit einer knappen Mehrheit» gegen den fraktionsübergreifenden Auftrag «Abschaffung der Lohnmeldepflicht». Gleichwohl stimmten im Rat die vier Vorstandsmitglieder Josef Maushart, Simon Michel, Daniel Probst und Mark Winkler dem Vorstoss zu. Sie befanden, die Schweizer Philosophie der Eigendeklaration und des

Vertrauens des Staates in den Bürger sei höher zu gewichten als das Streben nach Mehreinnahmen. Pikant: Fünf Mitunterzeichner des Auftrags wechselten aus dem befürwortenden ins ablehnende Lager: Remo Bill (SP), Bruno Vögtli (CVP), Christian Scheuermeyer (FDP), Richard Aschberger und Rolf Sommer (SVP).

Immerhin gibt es noch eine kleine Hoffnung, dass die Weisung, die für Arbeitgeber mit gratis zu leistendem Aufwand verknüpft ist, früher oder später doch noch hinfällig wird. Das letzte Wort dazu ist noch nicht gesprochen. Weil das Bundesgesetz die Meldepflichten abschlies-

send aufzähle und die Lohnmeldepflicht nicht erwähnt sei, wurde die kantonale Lohnmeldepflicht im Jahr 2017 durch das Genfer Kantonsgericht aufgehoben. Der Staat Genf zog den Entscheid ans Bundesgericht weiter. Sein Urteil steht – beim Redaktionsschluss dieser «Wirtschaftsflash»-Ausgabe – noch aus.

Die CVP erstmals an der Spitze
Auf welche Fraktion und auf welches Ratsmitglied konnten Unternehmer im Kantonsratsjahr 2019 am ehesten zählen, wenn es darum ging, ihre Interessen zu unterstützen? Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse zeigt: Die Fraktion der Christlichdemokratischen Volkspartei stimmte im Rat in 92 Prozent aller Entscheidungen so, wie die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe empfohlen hatte. Sie überflügelte die freisinnige Fraktion um 1,9 Prozentpunkte. Im Monitoring der Wirtschaftsfreundlichkeit klassierte sich die CVP zum ersten Mal seit 2014 an der Spitze. Bisher standen die Schwarzen stets im Schatten der FDP.Die Liberalen, der BDP und teils auch der SVP. War das der «Maushart-Effekt» oder das Spiegelbild jener Themen, die im letzten Jahr im Rat zur Diskussion gestellt wurden? In Steuerfragen politisiert die CVP traditionsgemäss mit Rechts, in Energie- und Umweltangelegenheit meistens mit Links. Der Beleg dafür: Auch am 12. November taktierte sie mit Rot und Grün, als über einen Auftrag in Sachen Klimaschutz zu entscheiden war.

Andreas Schibli (FDP, 24 Abstimmungen), Markus Spielmann (FDP, 19 Abstimmungen) und Daniel Mackuth (CVP, 16 Abstimmungen) führen mit einer Übereinstimmungsquote von 100 Prozent den Kreis der besonders wirtschafts- und gewerbefreundlichen Kantonsräte an. Sie standen nie in Opposition zur «Gruppe W+G». Das taten auch Urs Ackermann, Anita Kaufmann (beide CVP), Beatrice Schaffner (glp) und Myriam Frey Schär (Grüne) nicht. Ihre Platzierungen im «Ranking» sind allerdings zu relativieren: Ackermann, Kaufmann und Schaffner sagten dem Rat nach einer beziehungsweise nach fünf Sessionen Adieu, Frey Schär stiess erst im Dezember dazu.

Das Jahr der Mutationen
Zehn von 100 Ratsmitgliedern traten 2019, also in der Mitte der Legislaturperiode, aus dem Parlament zurück, darunter auch Persönlichkeiten mit namhaftem politi-

Vorlagen mit Empfehlung der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe:

So haben der Kantonsrat und die einzelnen Fraktionen 2019 abgestimmt.

	Empfehlung Gruppe W+G	Beschluss des Kantonsrats	Fraktionsgemeinschaft CVP/EVP/glp	Fraktion FDP.Die Liberalen	Fraktion Grüne Partei	Fraktion Sozialdemokratische Partei/Junge SP	Fraktion Schweizerische Volkspartei						
Session I													
Intercity-Halt in Oensingen beibehalten	Ja	Ja	94/0*	Ja	23/0	Ja	25/0	Ja	7/0	Ja	22/0	Ja	17/0
Tatsächliche Parität in der GAVKO herstellen	Nein	Nein	80/17	Nein	24/0	Nein	26/0	Nein	7/0	Nein	23/0	Ja	17/0
NRP. Umsetzung auch für die Jahre 2020 bis 2023	Ja	Ja	77/18	Ja	24/0	Ja	24/2	Ja	7/0	Ja	22/0	Nein	16/0
Sondersession (kantonale Umsetzung der AHV-Steueranlage)													
Antrag auf Rückweisung	Nein	Nein	66/27	Nein	24/0	Nein	27/0	Ja	5/1	Ja	22/0	Nein	14/0
Gewinnsteuersatz: Beschlussesentwurf (3%) versus SP/Junge SP (4.5%)	Ja	Ja	61/30	Ja	21/2	Ja	26/0	Nein	7/0	Nein	21/0	Ja	14/0
Dividendenbesteuerung: Antrag SVP (60%) versus SP/Junge SP (75%)	Ja	Ja	57/32	Ja	16/2	Ja	26/0	Nein	7/0	Nein	21/0	Ja	14/0
Antrag Fraktion Grüne Partei: Weitere Erhöhung der Vermögenssteuer	Nein	Nein	59/30	Nein	18/2	Nein	27/0	Ja	7/0	Ja	21/0	Nein	14/0
Antrag SP/Junge SP: Kinderzulage 30 Franken über dem Mindestsatz des Bundes	Nein	Nein	59/30	Nein	19/3	Nein	26/0	Ja	6/0	Ja	21/0	Nein	14/0
Schlussabstimmung	Ja	Ja	58/30	Ja	21/2	Ja	26/0	Nein	7/0	Nein	21/0	Ja	11/0
Session III													
Blockchain-Technologie auch im Kanton Solothurn proaktiv fördern und ansiedeln	Nein	Nein	66/20	Nein	21/0	Ja	20/3	Nein	6/0	Nein	19/0	Nein	17/0
Subventionen an Ausbildungs- und ÜK-Zentren	Nein	Nein	79/15	Nein	22/0	Parität	13/13	Nein	7/0	Nein	21/1	Nein	17/1
Session V													
Bessere Arbeitsmarktintegration für ältere Arbeitssuchende	Ja	Ja	87/0	Ja	20/0	Ja	23/0	Ja	6/0	Ja	21/0	Ja	17/0
Session VI													
Einführung elektronische Steuererklärung und Anpassung an Bundesrecht	Ja	Ja	92/0	Ja	22/0	Ja	27/0	Ja	6/0	Ja	21/0	Ja	16/0
Ausbau der Hochleistungsstrasse/Autobahnverbindung Basel-Delémont	Ja	Ja	73/11	Ja	24/0	Ja	24/0	Nein	6/0	Ja	8/5	Ja	17/0
Session VII													
Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020	Ja	Ja	85/1	Ja	22/0	Ja	26/0	Ja	5/0	Ja	17/1	Ja	15/0
«Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik» (Version Regierungsrat)	Ja	Nein	48/46	Nein	21/0	Ja	28/0	Nein	6/0	Nein	21/0	Ja	18/0
«Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik» (Auftrag SP/Junge SP)	Nein	Ja	57/37	Ja	22/0	Nein		Ja	6/0	Ja	21/0	Nein	18/0
Übertragung des Betriebs einer höheren Fachschule an die HFTM AG	Ja	Ja	92/0	Ja	22/0	Ja	27/0	Ja	6/0	Ja	21/0	Ja	16/0
Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) im Kanton Solothurn	Ja	Ja	79/13	Ja	22/0	Ja	25/2	Ja	6/0	Ja	21/0	Nein	11/5
Standesinitiative des Kantons Solothurn zum EU Rahmenvertrag	Nein	Nein	75/16	Nein	22/0	Nein	26/0	Nein	6/0	Nein	21/0	Ja	16/0
Abschaffung der Lohnmeldepflicht	Nein	Nein	56/33	Nein	20/2	Ja	16/9	Nein	6/0	Nein	19/1	Ja	14/2
Session VIII													
Gesamtsanierungs- und Instandsetzungsprojekt Passwangstrasse Nord (Phase II)	Ja	Ja	64/11	Ja	21/1	Ja	20/4	Ja	1/0	Nein	6/5	Ja	17/0
Voranschlag 2020 (Schlussabstimmung)	Ja	Ja	91/0	Ja	21/0	Ja	26/0	Ja	6/0	Ja	20/0	Ja	18/0
Ersatzstandort für die Kantonale Motorfahrzeugkontrolle Olten	Ja	Ja	92/0	Ja	22/0	Ja	26/0	Ja	5/0	Ja	21/0	Ja	18/0
Interkantonale Universitätsvereinbarung: Beitritt des Kantons Solothurn	Ja	Ja	92/0	Ja	22/0	Ja	26/0	Ja	5/0	Ja	21/0	Ja	18/0
Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen (Dringlicher Auftrag FIKO)	Ja	Ja	90/1	Ja	22/0	Ja	23/1	Ja	6/0	Ja	21/0	Ja	18/0

In der **Session IV** wurden keine Geschäfte mit einer Empfehlung der «Gruppe W+G» behandelt.

* Stimmverhältnis

So unterstützten die bürgerlichen Fraktionen 2019 die Anliegen von Wirtschaft und Gewerbe



■ pro «Gruppe W+G» ■ kontra «Gruppe W+G»

*Mitte: Fraktionsgemeinschaft CVP/EVP/glp

Wie haben die einzelnen Fraktionen im letzten Jahr im Solothurner Kantonsrat abgestimmt, wenn Entscheidungen für oder gegen die Interessen von Wirtschaft und Gewerbe zu treffen waren? Zum ersten Mal seit 2014 fand die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe am meisten Unterstützung bei der CVP. Mit einem minimalen Abstand von 1,9 Prozentpunkten bei der Übereinstimmungsquote liegt die FDP. Die Liberalen knapp hinter den Christdemokraten, mit einer etwas grösseren Differenz gefolgt von der glp und der SVP. Die SP und die Partei der Grünen standen in rund einem Drittel der 26 wirtschaftsrelevanten Vorlagen in Opposition zur «Gruppe W+G».

schen Kaliber: Beat Loosli (FDP. Die Liberalen), ehemaliger Präsident der Finanzkommission, Marianne Meister (FDP. Die Liberalen), makellos qualifizierte, aber glücklose Ständerats- und Regierungsratskandidatin, Franziska Roth, Kantonalpräsidentin der Sozialdemokratischen Partei, und Felix Wettstein, ehemaliger Kantonalpräsident der Grünen Partei.

Drei dieser zehn Demissionen ermöglichen ein Wiedersehen mit Leuten aus früheren Zeiten. Ein Comeback feierten Karin Kissling als Nachfolgerin von Ackermann und Alois Christ als Nachfolger von Anita Kaufmann. Die Anwältin Kissling und der Maschineningenieur Christ vertraten die CVP schon von 2013 bis 2017 im Rathaus. Daniel Probst übernahm den Sitz von Beat Loosli. Er war bereits in den Jahren 2000 bis 2001 als Jungliberaler Mitglied des Kantonsrats, verzichtete bei der Erneuerungswahl 2001 aber auf eine Kandidatur. Zusammen mit Probst wurde am 7. Mai mit dem Agronomeningenieur Martin Rufer (anstelle von Marianne Meister) der voraussichtlich neue Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes als neues Ratsmitglied vereidigt.

Unverhofft – aber keineswegs unerwünscht – erhielten die Freisinnigen anfangs 2019 Verstärkung. Die beiden Kantonsräte Markus Dietschi und Martin Flury sistierten Ende 2018 ihre Mitgliedschaft in der BDP und schlossen sich der freisinnigen Fraktion an. Mit 28 Sitzen spielt die FDP im Kantonsparlament weiterhin die erste Geige, gefolgt von der Fraktionsgemeinschaft CVP/EVP/glp mit 24, der SP/Junge SP mit 23, der SVP mit 18 und der Grünen Partei mit sieben Mandaten.

«Ratsunverträglichkeit» als Rücktrittsgrund

Apropos «Grüne»: Nebst Felix Wettstein (seit 2010 im Rat) verabschiedeten sich im letzten Jahr auch der Biobauer Felix Lang (seit 2009) und Felix Glatz-Böni (seit 2015) aus der kantonalen Politik. Glatz-Böni begründete seine Amtsmüdigkeit nach vier Jahren mit dem Argument «zunehmender Ratsunverträglichkeit». Er wolle sich vom Parlamentsbetrieb befreien und nicht mehr Teil des Systems sein, bemerkte der 61-jährige Lehrer und Erwachsenenbildner in seinem Demissionsschreiben. Einer, der hin und wieder

selbst Giftpfeile gegen die Regierung und gegen bürgerliche Parteien abschoss, outete sich als zartbesaitete Seele ...

Und das Jahr der vielen Absenzen

Das Kantonsratsjahr 2019 müsste auch als das Jahr der vielen Absenzen benannt werden. Das Fernbleiben vom Ratsgeschehen zu rechtfertigen oder nicht, ist zwar eine persönliche Angelegenheit jeder einzelnen Kantonsrätin und jedes einzelnen Kantonsrats. Trotzdem sei die Frage zugelassen, ob es nicht angemessen wäre, Konsequenzen zu ziehen, falls man verhindert ist, während einer oder mehreren Sessions die Präsenzpflicht wahrzunehmen. Andernfalls verkommt der Paragraph 24, Artikel 3, Absatz 1 des Kantonsratsgesetzes zu einer Leerformel («Die Ratsmitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen des Kantonsrates und seiner Kommissionen, denen sie angehören, teilzunehmen»).

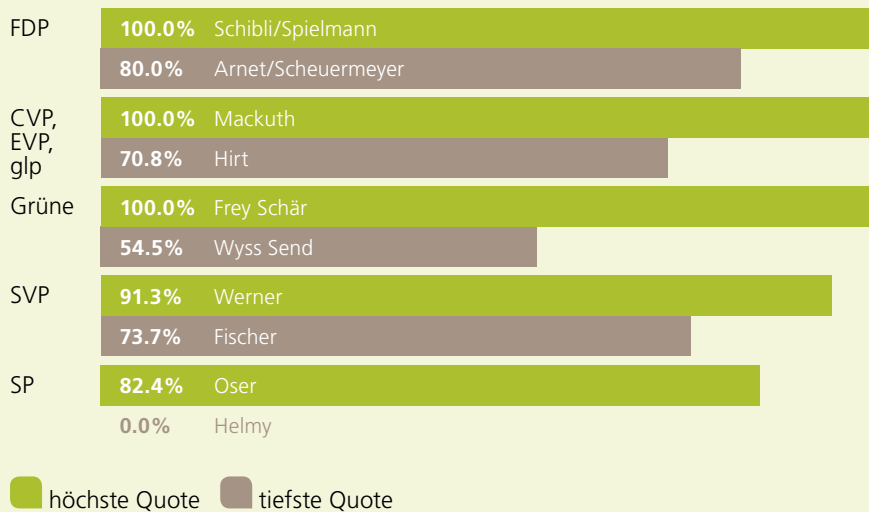
Drei Exempel für die hier angesprochene «Absentitis»: Die Kantonsrätin Simone Wyss Send (Grüne) war 2019 in 15 von 26 Abstimmungen mit einem Bezug zu Wirtschaft und Gewerbe abwesend. Anna Rüefli (SP) fehlte 13 Mal. Näder Helmy (SP), Chefarzt Orthopädie und Traumatologie im Bürgerspital Solothurn, sass am 10. Dezember als Nachfolger für die neue Nationalrätin Franziska Roth erstmals im Rat. Tags darauf stimmte er, anders als von der «Gruppe W+G» empfohlen, Nein zur weiteren Sanierung der Passwangstrasse Nord, Phase 2. Am dritten Sessionstag blieb er den Verhandlungen fern. Die Quittung dafür: Eine Quote von 0,0 Prozentpunkten und Platz 110 im Rating der Wirtschafts- und Gewerbefreundlichkeit im Solothurner Kantonsrat im Jahr 2019. Dumm gelaufen? <

Eine ungekürzte Fassung mit weiterführenden Grafiken zum Thema finden Sie online: wirtschaftsflash.ch

Anzeige

Support für KMU
Managed Workplace
COMP-SYS
 0 Probleme. 1 Lösung.

Die Bandbreite innerhalb der Fraktionen



Wie einheitlich stimmen die Parteien, wenn es darum geht, Anliegen von Unternehmern zu unterstützen? Die Grafik dokumentiert die Bandbreite in den einzelnen Fraktionen für oder gegen die Empfehlungen der «Gruppe W+G». Die geringste Differenz (17,6 Prozent) zwischen Zustimmung und Ablehnung sieht man innerhalb der SVP, die höchste (82,4 Prozent) innerhalb der SP. Näder Helmy wur-

de im Dezember als Nachfolger von Franziska Roth vereidigt. Der Chefarzt Orthopädie und Traumatologie im Bürgerspital Solothurn stimmte am zweiten Sessionstag zusammen mit zehn weiteren Ratsmitgliedern Nein gegen die zweite Etappe der Sanierung der Passwangstrasse, an den weiteren vier Abstimmungen zu Vorlagen mit einem Bezug zu Wirtschaft und Gewerbe war er nicht beteiligt.

Das Dutzend Ratsmitglieder mit dem dicksten Sitzleder

Name	Partei	Im Rat seit
Urs Huber	SP	1997
Hubert Bläsi	FDP	2001
Rolf Sommer	SVP	2001
Walter Gurtner	SVP	2005
Verena Meyer-Burkhard	FDP	2005
Philippe Arnet	FDP	2006
Enzo Cessotto	FDP	2007
Christian Thalmann	FDP	2007
Urs von Lerber	SP	2007
Susan von Sury-Thomas	CVP	2007
Beat Wildi	FDP	2007
Barbara Wyss Flück	Grüne	2007

Das Rating der Wirtschafts- und Gewerbefreundlichkeit im Solothurner Kantonsrat im Jahr 2019

2019		2018		Von Fraktion zu Fraktion	Trend
Rang	Quote	Rang	Quote	Name	
Fraktionsgemeinschaft CVP/EVP/glp					
1	100.0	53	84.0	Ackermann Urs ¹	↑
1	100.0	68	76.2	Kaufmann Anita ²	↑
1	100.0	53	84.0	Mackuth Daniel	↑
1	100.0	67	78.6	Schaffner Beatrice ³	↑
12	95.7	34	95.0	Leu Dieter	↔
13	95.5	58	82.6	Nussbaumer Georg	↑
16	92.3	42	88.0	Kolly Sandra	↔
16	92.3	70	73.9	Kupper Edgar	↑
16	92.3	58	82.6	Kyburz Peter	↑
16	92.3	61	81.8	Ochsenbein Michael	↑
16	92.3	72	72.0	Studer Thomas	↑
16	92.3	63	80.0	Vögtli Bruno	↑
23	92.0	49	87.0	Gloor Fabian	↔
23	92.0	46	87.5	Koch Hauser Susanne	↔
23	92.0	71	72.7	Mühlemann Tamara	↑
23	92.0	61	81.8	Widmer Marie-Theres	↑
30	91.3	53	84.0	Hufschmid Jonas	↑
30	91.3	noch nicht im Rat		Kissling Karin ⁴	
38	90.5	63	80.0	von Sury-Thomas Susan	↑
40	88.5	46	87.5	Gasser Kuno	↔
47	87.5	49	87.0	Maushart Josef	↔
47	87.5	49	87.0	Walther Jonas	↔
52	86.7	52	85.0	Brotschi Peter	↔
54	85.7	noch nicht im Rat		Lüthi Thomas ⁵	
66	80.0	noch nicht im Rat		Christ Alois ⁶	
76	76.0	63	80.0	Wyss André	↓
80	70.8	63	80.0	Hirt Nicole	↓
FDP.Die Liberalen					
1	100.0	19	95.7	Schibli Andreas	↔
1	100.0	28	95.5	Spielmann Markus	↔
8	96.0	12	95.8	Bläsi Hubert	↔
8	96.0	3	96.0	Büttiker Hans	→
10	95.8	19	95.7	Cartier Daniel	↔
10	95.8	3	96.0	Leibundgut Barbara	↓
14	93.8	57	83.3	Michel Simon	↑
15	93.3	noch nicht im Rat		Probst Daniel ⁶	
16	92.3	53	84.0	Dietschi Markus	↑
23	92.0	42	88.0	Bartholdi Johanna	↔
23	92.0	37	92.0	Tschumi Kuno	→
29	91.7	46	87.5	Aebi Michel	↔
30	91.3	58	82.6	Flury Martin	↑
30	91.3	19	95.7	Hodel Peter	↓
35	90.9	42	88.0	Kummli Michael	↔
35	90.9	3	96.0	Loosli Beat ⁷	↓
40	88.5	12	95.8	Büttler-Spielmann Karin	↓
40	88.5	37	92.0	Lindemann Georg	↓
40	88.5	1	100.0	Thalmann Christian	↓
40	88.5	3	96.0	Wildi Beat	↓
45	88.0	37	92.0	Cessotto Enzo	↓
47	87.5	42	88.0	Meyer Verena	↓
50	87.0	19	95.7	Lupi Marco	↓
50	87.0	37	92.0	Studer Heiner	↓
52	86.7	noch nicht im Rat		Rufer Martin ⁸	
57	84.2	41	90.5	Winkler Mark	↓
58	84.0	12	95.8	Unterlechner Urs	↓
62	81.8	32	95.2	Meister Marianne ⁷	↓
66	80.0	35	94.7	Arnet Philippe	↓
66	80.0	3	96.0	Scheuermeyer Christian	↓
Grüne Partei					
1	100.0	noch nicht im Rat		Frey Schär Myriam ⁹	
70	78.6	noch nicht im Rat		Flück Heinz ¹⁰	
73	76.9	noch nicht im Rat		Engeler Anna ¹⁰	
89	65.4	101	52.6	Schauwecker Christof	↑
94	63.6	80	62.5	Urech Daniel	↔
96	62.5	80	62.5	Wyss Flück Barbara	→
101	60.0	80	62.5	Wettstein Felix ¹¹	↓
105	54.5	89	61.1	Wyss Send Simone	↓
108	45.5	80	62.5	Glatz-Böhni Felix ¹²	↓
108	45.5	93	59.1	Lang Felix ¹²	↓
Sozialdemokratische Partei					
61	82.4	93	59.1	Oser Stefan	↑
79	71.4	93	59.1	von Lerber Urs	↑
81	69.6	74	66.7	Hug Stefan	↔
82	69.2	88	61.9	Baumann Markus	↑
83	68.2	98	55.6	Bürki Simon	↑
83	68.2	80	62.5	Jäggi Hardy	↑
85	68.0	80	62.5	Kälin Karin	↑
85	68.0	99	55.0	Marbet Thomas	↑
85	68.0	90	60.9	Stricker Mathias	↑
88	66.7	73	68.2	Vögeli Nadine	↓
89	65.4	90	60.9	Bill Remo	↔
89	65.4	noch nicht im Rat		Wyss Nicole	
92	65.2	100	54.2	Rohner Franziska	↑
93	64.0	79	63.6	Wyss Marianne	↔
94	63.6	76	64.0	Moser Mara	↓
96	62.5	69	75.0	Ammann Markus	↓
96	62.5	76	64.0	Gomm Simon	↓
96	62.5	92	60.0	Huber Urs	↔
96	62.5	96	58.8	Kummer Angela	↔
101	60.0	80	62.5	Stocker Luzia	↓
103	57.1	76	64.0	Roth Franziska ¹³	↓
104	56.0	75	65.0	Esslinger Simon	↓
106	53.8	80	62.5	Rüefli Anna	↓
110	0.0	noch nicht im Rat		Helmy Näder ⁹	
Schweizerische Volkspartei					
30	91.3	19	95.7	Werner Christian	↓
35	90.9	12	95.8	Dick Markus	↓
38	90.5	19	95.7	Gurtner Walter	↓
45	88.0	3	96.0	Fluri Josef	↓
55	84.6	12	95.8	Brons Johannes	↓
55	84.6	3	96.0	Sommer Rolf	↓
58	84.0	3	96.0	Aschberger Richard	↓
58	84.0	19	95.7	Schumacher Hugo	↓
63	80.8	12	95.8	Borner Matthias	↓
63	80.8	32	95.2	Conti Roberto	↓
63	80.8	19	95.7	Künzli Beat	↓
66	80.0	28	95.5	Wyssmann Rémy	↓
70	78.6	noch nicht im Rat		Jeker Sibylle ⁸	
72	78.3	28	95.5	Rütti Christine	↓
73	76.9	3	96.0	Linz Peter M.	↓
75	76.5	noch nicht im Rat		Kunz Kevin	
77	75.0	28	95.5	Ritschard Stephanie	↓
78	73.7	19	95.7	Fischer Tobias	↓
107	50.0	12	95.8	Ehram Jacqueline ⁷	↓

¹Rücktritt nach Session I. ²Rücktritt nach Session V. ³Wieder im Rat ab Sondersession. ⁴Neu im Rat ab Session VI. ⁵Wieder im Rat ab Session VI. ⁶Wieder im Rat ab Session IV. ⁷Rücktritt nach Session III. ⁸Neu im Rat ab Session IV. ⁹Neu im Rat ab Session VIII. ¹⁰Neu im Rat ab Session V. ¹¹Rücktritt nach Session VII. ¹²Rücktritt nach Session IV.

Trendsymbole: ↑ Quote um 5,1 Prozentpunkte und mehr höher als 2018. ↔ Quote um 0,1 bis 5,0 Prozentpunkte höher als 2018. → Gleiche Quote wie 2018. ↓ Quote um 0,1 bis 5,0 Prozentpunkte tiefer als 2018. ↓ Quote um 5,1 Prozentpunkte und mehr tiefer als 2018.